

Neustart

-

Eine Agenda für Wachstum, Investitionen und Transformation auf den Weg bringen

Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Sebastian Dullien, Prof. Dr. Anke Hassel, Prof. Dr. Tom Krebs, Prof. Dr. Carsten Kühl, Matthias Machnig, Prof. Dr. Barbara Praetorius, Prof. Dr. Miriam Rehm, Prof. Dr. Jens Südekum, Prof. Dr. Achim Truger

Ein Blick auf wichtige wirtschaftspolitische Indikatoren zeigt: Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in keiner guten Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt auf dem Niveau von 2019, schwaches Wirtschaftswachstum, geringes Investitionsniveau, eine Überalterung des Kapitalstocks, nicht wettbewerbsfähige Energiepreise, hoher Fachkräftebedarf und dies in einer Situation, in der die digitale, energetische und industrielle Transformation hohe Investitionen erforderlich macht, um Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutzziele zu realisieren. Die zwanziger Jahre werden ganz wesentlich darüber mitentscheiden, ob die notwendige Modernisierung der Wirtschaft in Deutschland gelingt und die Transformation erfolgreich und zukunftsfähig ist und mit guter Arbeit und guten Löhnen sowie einer Stärkung der Tarifbindung verbunden wird.

Deshalb: Notwendig ist ein ökonomischer Neustart der Ampel-Koalition mit klaren wirtschafts-, finanz- und industriepolitischen Prioritäten im Rahmen einer Wachstumsagenda. Der Bundeshaushalt 2024 sollte diesen Neustart einleiten und alle rechtlichen und finanziellen Spielräume für die Stärkung von Investitionen, industriepolitischen Projekten und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen, etwa bei Energiepreisen, die der Souveränität des Standortes dienen, nutzen. Der Bundeshaushalt 2024 sollte daher im weiteren parlamentarischen Verfahren entsprechend angepasst werden.

Diese Maßnahmen müssen in ein europäisches Gesamtkonzept eingebunden werden und können Katalysator sein, um die Transformations- und Souveränitätspolitik der EU insgesamt zu stärken. Deutschland sollte dabei eine führende, initiiierende Rolle einnehmen. Die ökonomische Zeitenwende kann nur als europäisches Gemeinschaftsprojekt erfolgreich sein.

Für den Neustart und eine Agenda für Wachstum, Investitionen und Transformation sind folgende Elemente entscheidend:

Einen Europäischen Transformationsfonds einrichten

Die EU-Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen für die Transformation und die Souveränität Europas vorgelegt. Diese Ziele haben ihre Berechtigung. Sie haben aber eine wesentliche Achillesferse: die Vorschläge sind nicht mit entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlegt. Ziele ohne Instrumente sind aber keine Politik.

Daher sollte ein Europäischer Transformationsfonds mit einem Volumen von 1% des EU- BIPs pro Jahr bis 2030 (auf 2022 bezogen wären dies 158 Milliarden Euro) eingerichtet werden, um wettbewerbsfähige Energiepreise und Transformationsinvestitionen (Ausbau der erneuerbaren Energien, Energienetze, Batteriezelltechnologie etc.) zu stärken und zu unterstützen.

Reform des EU-Beihilferechts umsetzen

Um die Spielräume für Investitionen in Transformations- und Zukunftstechnologien zu vergrößern und den neuen Herausforderungen im globalen Wettbewerb gerecht zu werden, braucht es ein Update des EU-Beihilferechts. Ein solcher Konsens zur Reform des Beihilferechtes wird nur gelingen, wenn alle Länder in der Europäischen Union davon auch profitieren. Wer über die Reform des Beihilferechts redet, darf über die Einrichtung eines Transformationsfonds nicht schweigen.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vereinbaren

Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind bis Ende 2023 ausgesetzt. Die Reaktivierung dieser Fiskalregeln 2024 in ihrer bisherigen Form würde den finanzpolitischen Handlungsspielraum

vieler Mitgliedsländer über viele Jahre hinweg erheblich einschränken und notwendige Investitionen zur Stärkung des Standortes für Transformation und Resilienz blockieren.

Notwendig ist eine Reform der EU-Fiskalregeln, die eine Begrenzung der Staatsverschuldung im Auge hat, aber größere Spielräume für öffentliche Investitionen für Resilienz und Transformation ermöglicht. Eine Einigung ist dringlich, denn sie entscheidet ganz wesentlich mit darüber, welche finanzpolitischen Handlungsspielräume die jeweiligen Mitgliedsländer in den nächsten Jahren haben werden.

Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern

Private Investitionen sind der Schlüssel für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Es müssen jetzt klare Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Unternehmen ihre Investitionspläne auf den Weg bringen können. Die Superabschreibungen müssen bis spätestens zum 01.01.2024 rechtlich verbindlich geregelt sein. Auch die bisherigen Regelungen für Höhe und Zeitraum von Verlustrückträgen müssen so ausgestaltet werden, dass die Investitionsmöglichkeiten von Unternehmen verbessert und gestärkt werden. Das Wachstumschancengesetz, das von Seiten des BMF vorgeschlagen wurde, enthält einige gute Elemente wie etwa die Steuerprämien für private Investitionen zur Dekarbonisierung und Steigerung der Energieeffizienz. Allerdings ist das Fördervolumen mit insgesamt 6 Mrd. € viel zu gering angesetzt und wird der Größe der Transformationsaufgabe nicht gerecht.

Klima- und Transformationsfonds stärken und zukunftsfest machen

Der KTF ist ein zentrales Element für die energetische und industrielle Transformation. Er droht, überstrapaziert und überfordert zu werden und damit seine Handlungsfähigkeit zu verlieren. Aus dem Finanzministerium gibt es immer mehr Forderungen, Maßnahmen über den KTF zu finanzieren. Damit gehen Spielräume für die eigentlichen Transformationsaufgaben verloren.

Der KTF sollte eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten, um auf dem Kapitalmarkt das nötige Geld für gezielte souveränitäts- und transformationspolitische Projekte aufnehmen zu können. Dabei ist selbstverständlich die parlamentarische Kontrolle über die Mittelverausgabung sicherzustellen.

Brückenstrompreis einführen

Für die Wettbewerbsfähigkeit gerade der energieintensiven Industrien spielt der Energiepreis eine entscheidende Rolle. Deutschland steht dabei in einem Standortwettbewerb. Bis Strom aus erneuerbaren Energien in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar ist, ist ein Brückenstrompreis, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie verbessert und an Transformationsprojekte gekoppelt ist, erforderlich. Zur Finanzierung sollte der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) herangezogen werden.

Gute Arbeit stärken, Fachkräfte mobilisieren

Zur Stärkung des Wachstums in Deutschland ist eine breite Mobilisierung von Fachkräften eine zentrale Aufgabe. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt, um mehr Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen. Diese Fachkräftestrategie muss eingebunden werden in eine Stärkung der Tarifbindung.

Gleichzeitig müssen alle Qualifizierungs- und Beschäftigungsreserven gehoben werden. Die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss muss massiv gesenkt werden. Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung müssen gestärkt und die Frauenerwerbsquote erhöht werden. Eine Reform des Ehegattensplittings kann dazu einen Beitrag leisten.

Fortschritt braucht Aufbruch

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner plädieren für eine Politik, die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fortschritt miteinander verbindet. Wer Fortschritt will, muss Aufbruch wagen. Gewissheiten und Instrumente von gestern sind keine ausreichenden Antworten für die Zukunft.